

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

August 2018
5.2018

Nach wochenlangem Streit hat sich die Bundesregierung am 5. Juli auf weitere Verschärfungen in der Asylpolitik geeinigt. Damit sollte die **Regierungskrise**, die durch Forderungen der CSU nach einseitigen Zurückweisungen von Geflüchteten an der bayrischen Grenze provoziert wurde, beendet werden. Doch unmittelbar nach der Verkündung des Kompromisses legte Innenminister Horst Seehofer (CSU) einen »**Masterplan Migration**« vor, in dem er an seinen Forderungsfesthält – es ist also unklar, wie lange die Vereinbarung trägt. In jedem Fall ist ihr politischer Preis hoch: sie bedeutet eine erneute Verschiebung nach rechts.

Was beinhaltet der so genannte Kompromiss? Geflüchtete, die bereits in einem anderen EU-Land Asyl beantragt haben, sollen künftig an der österreichischen Grenze binnen 48 Stunden ein **Transferverfahren** durchlaufen. Dann sollen sie in ihren EU-Erstaufnahmestaat zurückgebracht werden. Die Bundesregierung will dafür entsprechende Verträge schließen. Für das Transferverfahren sollen Einrichtungen der **Bundespolizei** genutzt werden, sofern die Betroffenen nicht in den **Transitbereich** des Flughafens München gebracht werden. Wie beim Flughafenverfahren gelten die Personen dabei rechtlich als nicht nach Deutschland eingereist (»Fiktion der Nichteinreise«). Diese Maßnahmen werden aktuell in Bayern circa **150 Menschen** im Monat betreffen. Das sind weit weniger als zunächst angenommen. Pro Tag kommen selbst nach Angaben Seehofers nur zwei bis fünf Flüchtlinge über die bayrische Grenze. Die Umsetzung des Kompromisses wird zudem nicht einfach: **Österreich** und **Italien** lehnen es ab, Flüchtlinge wieder einreisen zu lassen, die Dublin-Regelungen – wonach Asyl nur im Land der Ersteinreise in die EU beantragt werden kann – werden ohnehin nur noch selektiv angewandt.

Die **tatsächlichen Verschärfungen** im Asylpaket werden im Windschatten dieser Umsetzungsprobleme kaum wahrgenommen. Sie bedeuten den Einstieg in eine **Einreisehaft** und die kann sukzessive auf weitere Gruppen ausgedehnt werden. Zudem sind diesseits der Grenze – bundesweit, nicht nur in Bayern – mehr **Schleierfahndungen** und sonstige »intelligente grenzpolizeiliche Handlungsansätze« vorgesehen. Geflüchtete, die so aufgegriffen werden und schon in einem anderen EU-Land registriert sind, sollen nicht in »Transfer-Einrichtungen«, sondern gleich in die sogenannten **Ankerzentren** gebracht

Weiter nach rechts: Zum »Asylkompromiss« von Union und SPD.

werden. Dort soll innerhalb einer Woche festgestellt werden, ob Deutschland für ihr Asylverfahren zuständig ist. Wenn nicht, droht die Abschiebung. Die **Zuständigkeit** für diese Abschiebungen soll aus Gründen der »Effektivität« an den Bund übergehen können. In den Ankerzentren herrscht außerdem **Residenzpflicht**, Flüchtlinge werden nicht auf die Kommunen verteilt. D.h. sie können dort faktisch **unbegrenzt** kaserniert werden. Die Zahl der hiervon Betroffenen ist voraussichtlich höher, als die der an der Grenze angetroffenen: Seehofer spricht von **46 000 Fällen** im Jahr.

Zudem hat **Angela Merkel** auf **europäischer Ebene** massive Verschärfungen organisiert. So will die EU nun die Möglichkeit von »**regionalen Ausschiffungsplattformen**« in außereuropäischen Drittstaaten prüfen. Aus Seenotgerettete Flüchtlinge sollen nicht mehr nach Europa gebracht werden, sondern in nordafrikanische Staaten. Solange diese Plattformen nicht etabliert sind, sollen Bootsflüchtlinge in »**kontrollierte Zentren**« in Europa verbracht werden. Diese dürften dem Vorbild der bereits bestehenden »**Hotspots**« in Griechenland folgen, die Freiluftgefängnissen gleichen. Dort warten Tausende Menschen seit Jahren darauf, dass ihre Asylanträge geprüft werden. Auch die Mittel für die **Grenzpolizei Frontex** sollen massiv aufgestockt werden. Es ist insofern kein Wunder, dass Seehofer mit dem Asylkompromiss »zufrieden« ist.

Das gilt umso mehr, als die Auseinandersetzung über die Abschottung der deutschen Grenzen systematisch von der – aufgrund der staatlichen **Behinderung ziviler Seenotrettung** – steigenden Zahl von Toten im Mittelmeer ablenkt. Allein im Monat Juni ertranken **629 Menschen**. Für die Seenotrettung gibt es aber keinen Masterplan. Genützt hat der Versuch der CSU, die AfD durch Übernahme ihrer Themen und Vorschläge zu schwächen, dabei nur der **AfD**. In der Umfrage von Emnid von Anfang Juli kommt die extrem rechte Partei mit 17 Prozent bundesweit auf ihr bestes Ergebnis. Auch der **politische Vertrauensverlust** ist groß: Während 79 Prozent bzw. 70 Prozent der Deutschen laut einer Umfrage von Infratest finden, dass die Themen **Pflege** und **bezahlbarer Wohnraum** zu wenig präsent sind, wurde die Arbeit der Bundesregierung einen Monat lang wegen einem Streit über die Verschärfung des Asylrechts **lahm gelegt**. Und das bei **sinkenden Flüchtlingszahlen**: 2015 überquerten mehr als eine Million Menschen das Mittelmeer – im ersten

Halbjahr 2018 waren es noch 45 000 Flüchtlinge. Das sind **0,07 Prozent** der weltweiten Migration.

Die SPD ist abgetaucht. Zwar behauptet sie, in den Verhandlungen einiges erreicht zu haben, etwa dass es noch 2018 ein **Einwanderungsgesetz** geben soll. Doch die Verhandlungserfolge der SPD sind relativ übersichtlich – jenseits davon, dass das Transit- nun Transferverfahren heißt. Das Einwanderungsgesetz hat mit dem Asylrecht nichts zu tun und ist zudem kein Erfolg der aktuellen Verhandlungen: Das »**Fachkräfteinwanderungsgesetz**« steht schon im Koalitionsvertrag und Seehofer hatte den Gesetzentwurf vor dem aktuellen Kompromiss angekündigt. Mehr noch: die Ausweitung von **Schleierfahndung** und **Einreisehaft** im Inland sowie die **Verschärfungen auf europäischer Ebene** spart die SPD einfach aus – »Hauptsache keine nationalen Alleingänge«. Die **massiven Grundrechtsverletzungen** im Zuge der europäischen Abschottung nimmt sie in Kauf. Die Position der **LINKEN** ist dagegen klar: Wir wollen die Wiederherstellung des Asylrechts, sichere Fluchtwege und eine soziale Offensive für alle.

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de
kontakt@die-linke.de

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
 Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisleistung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

V.i.S.d.P.: Jörg Schindler

DIE LINKE.